

Ausschuss für Kultur und Medien
Kurzprotokoll
36. Sitzung, Teil 2, öffentlich *

Berlin, den 13.04.2011, 16:30 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10557 Berlin
Sitzungssaal: E.300

Vorsitz: Monika Grütters, MdB

TAGESORDNUNG:

Tagesordnungspunkt 3

Freiheits- und Einheitsdenkmal

Sachstandsbericht des BKM Staatsminister Bernd Neumann

* Zu den Tagesordnungspunkten 1, 2, 4, 5a bis 5d siehe das Kurzprotokoll der 36. Sitzung, Teil 1, nichtöffentliche Sitzung

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Ausschusses

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses

Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses

CDU/CSU

Börnsen (Bönstrup), Wolfgang
Grütters, Monika
Poland, Christoph
Selle, Johannes
Strobl (Heilbronn), Thomas
Wanderwitz, Marco
Wöhrl, Dagmar

Frieser, Michael
Michalk, Maria
Philipp, Beatrix

SPD

Ehrmann, Siegmund
Krüger-Leißner, Angelika
Schmidt (Aachen), Ulla
Thierse, Wolfgang, Dr. h.c.
Zypries, Brigitte

Dörmann, Martin

FDP

Blumenthal, Sebastian
Deutschmann, Reiner
Kurth (Kyffhäuser), Patrick
Müller-Sönksen, Burkhardt

Lindemann, Lars

DIE LINKE.

Hein, Rosemarie, Dr.
Jochimsen, Lukrezia, Dr.

.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rößner, Tabea
Roth (Augsburg), Claudia

Wieland, Wolfgang

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Tagesordnungspunkt 3

Freiheits- und Einheitsdenkmal

Sachstandsbericht des BKM Staatsminister Bernd Neumann

Die Vorsitzende begrüßt die Gäste und zeichnet die Vorgeschichte des Denkmals nach. Die Initiative für ein Freiheits- und Einheitsdenkmal sei 2007 aus der Mitte des Parlaments heraus entstanden. An den entsprechenden Bundestagsbeschluss hätten sich zwei Wettbewerbsrunden angeschlossen. Die Ergebnisse des zweiten Durchgangs seien Ende 2010 im Martin-Gropius-Bau in Berlin präsentiert worden. Die Entscheidung über den Wettbewerb habe der Deutsche Bundestag einer Jury übertragen, der unter anderem Bundestagsabgeordnete angehörten. Diese Jury habe drei gleichrangige Preisträger ermittelt, deren Entwürfe noch einmal überarbeitet worden seien. Die Entscheidung über die Entwürfe liege innerhalb des festgelegten Verfahrens bei den Auslobern: dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) und dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS). Deren Entscheidung werde heute dem Ausschuss für Kultur und Medien vorgestellt. Das sei eine Geste des Auslobers gegenüber dem Parlament. Die Obleute im Kulturausschuss hätten entschieden, für diesen Tagesordnungspunkt die Sitzung für Publikum zu öffnen. Abschließend unterstreicht die Vorsitzende, beim Freiheits- und Einheitsdenkmal handele es sich um ein Denkmal, das kein Mahnmal sei. Gestaltet werde vielmehr ein Ort, der an das glücklichste Ereignis der jüngeren deutschen Geschichte erinnern werde.

Staatsminister Bernd Neumann (BKM) knüpft an und betont, die Bundesrepublik Deutschland werde an zentraler Stelle in Berlin ein Denkmal zu einem wichtigen Ereignis errichten. Daher lohne es, sich damit zu beschäftigen. Was die Bundesregierung tue, basiere auf einem Beschluss, den der Deutsche Bundestag mit der breiten Mehrheit von CDU/CSU, SPD und FDP gefasst und der den über viele Jahre vorgetragenen Wunsch einer überparteilichen Bürgerinitiative aufgegriffen habe. Absicht sei es gewesen, in Erinnerung an die friedliche Revolution im Herbst 1989 und an die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands ein Denkmal der Freiheit und Einheit in der Mitte Berlins zu errichten. Am 3. Dezember 2008 sei dieser Beschluss konkretisiert worden. Damals habe der Deutsche Bundestag sein Votum für das Denkmal bekräftigt und als Standort den Sockel des Kaiserdenkmals auf der Schlossfreiheit festgelegt. Nach diesen Vorgaben habe die Bundesregierung zu handeln gehabt. Auf Wunsch des Parlaments sei zunächst ein offener Wettbewerb durchgeführt worden. 533 Beiträge seien dazu eingegangen. Allerdings habe die Jury geurteilt, keine der Einsendungen enthalte einen geeigneten Entwurf. Deshalb sei ein zweiter, internationaler Wettbewerb ausgelobt worden. Diesmal seien Kriterien ausgeschrieben worden und hätten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bewerben müssen. Aus den 386 Bewerbungen seien von einem Expertenkreis 28 ausgewählt worden, die einen konkreten Entwurf ausarbeiten sollten. Am Ende hätten acht Fachpreisrichter und sieben Sachpreisrichter einstimmig drei Entwürfe ausgewählt. Nach einer erneuten Überarbeitungsphase sollte dem Auslober die Entscheidung überlassen bleiben, welcher der Entwürfe zu realisieren ist.

Der Staatsminister hebt hervor, an jeder Stelle des Verfahrens seien Abgeordnete des Deutschen Bundestages beteiligt gewesen: Dr. h. c. Wolfgang Thierse (SPD), Wolfgang Börnßen (Bönstrup, CDU/CSU) und Patrick Kurth (Kyffhäuser, FDP). Die Kritik, es sei kein Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertreten, habe er als BKM aufgegriffen und Abg. Claudia Roth zur Teilnahme an allen Jurysitzungen eingeladen. Jedoch sei diese Einladung ohne Resonanz geblieben. Dabei wäre eine uneingeschränkte Mitwirkung auch ohne Stimmrecht möglich gewesen, so Bernd Neumann.

Nach ausführlicher Prüfung und unter Beteiligung des Landes Berlin, des BMVBS, des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) sowie der Juryvorsitzenden beider Wettbewerbe sei schließlich die Entscheidung für den Entwurf „Bürger in Bewegung“ gefallen. Dieser Vorschlag löse die gestellte Aufgabe mit Abstand am eindrucksvollsten. Die künstlerische Formensprache spiegele besonders die Freude über die friedliche Revolution und die Wiedervereinigung als positives Ereignis der deutschen Geschichte wider. Gleichzeitig rege sie zum Nachdenken über die Werte Freiheit und Einheit an. Persönlich könne er sich ebenfalls hundertprozentig mit dem Entwurf identifizieren. Er sei sicher, dass sich das Denkmal im Zentrum Berlins besonders durch seinen interaktiven Charakter zu einem lebendigen Ort der Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte entwickeln werde, erklärt der Staatsminister.

Bei den Mitgliedern des Künstlerteams handele es sich um ausgewiesene Experten ihrer Branche. So sei Milla & Partner bereits für die Gestaltung des deutschen Expo-Pavillons in Shanghai 2010 verantwortlich gewesen, eines Baus, der verdientermaßen den ersten Preis im Wettbewerb aller Pavillons der Weltausstellung gewonnen habe. Kooperationspartnerin Sasha Waltz sei als herausragende Choreografin bekannt. Diese Arbeitsgemeinschaft lasse neue Ansätze in der Denkmalsprache erwarten. Sie spiegele die vielfältigen künstlerischen Ausdrucksformen unserer Zeit, die keine festgelegte Formensprache und keinen verordneten Denkmaltypus mehr kennen.

Unabhängig von gesetzlichen Vorgaben sei für ihn die Einbindung des Parlaments in das Handeln der Bundesregierung wichtig, schließt Staatsminister Neumann seine Bemerkungen. Am Freiheits- und Einheitsdenkmal lasse sich dies belegen. Während seiner Amtszeit sei das Thema neunmal im Ausschuss für Kultur und Medien beraten worden. Das Plenum des Deutschen Bundestages habe sich zweimal mit dem Projekt befasst. Vor diesem Hintergrund müsse attestiert werden, dass kaum eine breitere Einbeziehung des Parlaments möglich sei. Der Deutsche Bundestag habe darüber hinaus Wert auf Öffentlichkeitsarbeit gelegt. Auch diese Anforderung sei erfüllt worden mit 28 Diskussionsveranstaltungen der Deutschen Gesellschaft e.V., mit Katalogen, Broschüren und Ausstellungen. Die virtuelle Ausstellung im Internetangebot des BBR komme hinzu. Diese Abfolge – Entscheidung des Parlaments, Ausführung durch die Bundesregierung und breite öffentliche Darstellung – sei richtig und wichtig gewesen. Auf dieser Basis könnten nun die Gewinner des Wettbewerbs ein außergewöhnliches Denkmal realisieren. Der Anlass sei es jedenfalls wert.

Sebastian Letz (Milla & Partner) stellt zunächst das Unternehmen Milla & Partner als interdisziplinär arbeitende Agentur für Kommunikation im Raum vor, die seit 22 Jahren aktiv sei. Ihre Arbeiten – vielfach

preisgekrönt – reichten von Charity-Projekten etwa zur Flüchtlingsarbeit über eine Wanderausstellung für Mercedes-Benz und Steinway & Sons bis zur Veranstaltung von Messen und Events. Wichtig zu wissen sei, dass Milla & Partner den sehr anspruchsvollen Auftrag für den deutschen Pavillon in Shanghai innerhalb des zeitlichen und finanziellen Rahmens realisiert habe. Als Weltneuheit habe Milla & Partner in diesem Rahmen eine riesige LED-Kugel präsentiert, die nur durch Rufe und Stimmen der Besucherinnen und Besucher bewegt werden können. Weil das Thema Bewegung die Agentur interessiere, passe Sasha Waltz als Kooperationspartnerin wunderbar.

Sasha Waltz (Sasha Waltz & Guests) skizziert die Geschichte der Compagnie seit den 1990er Jahren und hebt hervor, sie habe sich in den letzten 15 Jahren, vom Tanz ausgehend, in unterschiedlichsten Disziplinen entwickelt, im Dialog mit Musik, bildender Kunst und Architektur. Opernprojekte oder Projekte in öffentlichen Räumen seien Beleg. Sie habe immer wieder über den Tanz hinaus im Dialog mit dem Publikum gearbeitet und so letztlich „choreografische Gruppenkörper“ untersucht. Dieses Interesse sei auch für die Denkmalidee leitend gewesen. Es habe sich die Frage gestellt, wie es gelingen könnte, ein Sinnbild für die Bewegung, für die große Kraft, die aus dem Volk entstand, zu entwickeln.

Sebastian Letz (Milla & Partner) geht auf den gedanklichen Hintergrund für den Siegerentwurf des Freiheits- und Einheitsdenkmals ein. Da sei zunächst die Tatsache, dass der Befreiungs- und Einigungsprozess 1989 friedlich verlaufen sei. Fasziniert habe darüber hinaus die große damalige Gemeinsamkeit, die gleichwohl nie die Individualität der Protestierenden negiert habe. Der damalige Prozess lasse sich in den beiden Sätzen zusammenfassen: „Wir sind das Volk. Wir sind ein Volk.“ Diese beiden Sätze hätten die damals vorhandene Kraft kanalisiert und Veränderungen herbeigeführt, die im Fall der Mauer ihren epochalen Ausdruck gefunden hätten. Dieses außerordentliche Ereignis sei geprägt von Freude, Selbstbewusstsein, Stolz und damit von positiver Energie. Deshalb solle das Denkmal die Kraft der Bürger und die Kraft der Gemeinsamkeit ins Zentrum rücken. Das Denkmal solle partizipativ und performativ sein sowie aktivierend wirken.

Sebastian Letz kommt sodann auf den Standort für das Denkmal zu sprechen und beschreibt die Entstehung der Schlossfreiheit Ende des 19. Jahrhunderts. Ein monumentales Reiterstandbild Kaiser Wilhelms I. sei von einer Kolonnade eingefasst worden. Davon sei heute nur noch der Sockel mit einer notdürftigen Sicherung erhalten, eine städtische Wunde, die aber sehr beredt deutsche Geschichte erzähle. Hier setze der Entwurf auf, der die Form des ehemaligen Denkmalsockels aufnehme. Im Zentrum stünden die beiden Sätze: „Wir sind das Volk. Wir sind ein Volk.“ Weitere Texte („Beweggründe“) führten in kleinerer Schrift und in Linien auf diese Sätze zu. Der Text werde nicht einfach in den Boden eingelassen. Vielmehr wölbe sich die Fläche aus dem Sockel heraus, werde eigenständig und kinetisch bewegbar. Es werde eine mittige Lagerung des Denkmals geben, das von den Besuchern bewegt werden könne. Zu betonen sei, dass sich die Grundfläche des Denkmals aus der Grundfläche des Sockels entwickle, die Form aufnehme und trotzdem Eigenständigkeit behalte. Historische Spuren würden also nicht verwischt. Dieses „Prinzip der Schichtung“ sei den Entwerfern wichtig.

Partizipation, Aktivierung und Verständigung sollten das Denkmal prägen. Deshalb werde keine Einzelperson allein in der Lage sein, das Denkmal zu bewegen. Vielmehr müsse man sich mit anderen Besuchern verständigen. Nur wenn eine Mehrheit sich für eine Denkmalseite entscheide, werde die Oberfläche sich langsam bewegen. Dieses Element werde den Ausdruck des Denkmals ganz wesentlich prägen. Ohne die Besucher werde sich nichts bewegen, dadurch würden die Menschen zum Mittelpunkt des Werks. Darin spiegele sich der zutiefst demokratische Akt der Ereignisse von 1989/90, ein demokratisches Prinzip werde zum Ausdruck gebracht. Das Denkmal werde jedoch nicht nur auf seiner Oberseite funktionieren, sondern auch aus der Sicht von unten und aus der Beobachtung heraus wirken. Ziel sei es, einen öffentlichen, heiteren Ort zu schaffen, der einlädt und ein positives Beispiel gibt, der respektvoll die historischen Ereignisse würdigt ohne zu distanzieren, ein Ort, der aus einem Denkmal ein „Machmal!“ macht, schließt Sebastian Letz seine Ausführungen. Der choreografische Ausdruck des Denkmals sei von Bedeutung. Das Denkmal werde sich permanent verändern und damit immer wieder einen neuen Ausdruck finden, um an die Ereignisse von vor mehr als 20 Jahren zu erinnern.

Sasha Waltz (Sasha Waltz & Guests) ergänzt, der Bürgerbewegung solle Gewicht verliehen werden, also der Gruppe von Menschen, die die damaligen Ereignisse vorwärtsgetrieben habe. Am neuen Ort des Erinnerns solle dies nachempfunden werden, dort sollten sich die Besucherinnen und Besucher als Teil der Bewegung erleben, indem sie mit ihren Körpern Bewegung auslösen und damit Erinnerung generieren könnten. Der Bewegung werde im wahrsten Sinne des Wortes Gewicht verliehen.

Abg. Dr. h. c. Wolfgang Thierse (SPD) beginnt mit einer persönlichen Vorbemerkung. Vor rund zwölf Jahren sei er erstmals mit der Idee, ein Freiheits- und Einheitsdenkmal zu errichten, konfrontiert worden. Zunächst habe er gezögert, schließlich habe sich seine Sicht jedoch gewandelt. Entscheidend für die Denkmalsidee sei die Überzeugung, dass ein normales Volk wie das deutsche nicht nur durch die Erinnerung an die entsetzlichen Seiten der Geschichte Gemeinsamkeit und Identität gewinnen könne, sondern auch durch die Erinnerung an gelungene Seiten der Geschichte. Staatsminister Neumann habe zu Recht hervorgehoben, dass die Idee eines solchen Denkmals schon sehr lange verfolgt werde. Der Deutsche Bundestag habe nach langen vorherigen Auseinandersetzungen zweimal mit sehr großer Mehrheit beschlossen, ein solches Denkmal zu errichten, auch der Kulturausschuss habe sich viele Male damit befasst. Deshalb sei die Vorhaltung, hier werde etwas durchgepeitscht, lächerlich und peinlich. Auch die Kritik, öffentliche Diskussionen hätten gefehlt, sei unangemessen. Die Wettbewerbsentwürfe seien veröffentlicht worden, die Deutsche Gesellschaft habe Veranstaltungen organisiert und es habe Ausstellungen gegeben.

Den Einwänden gegen den Ort, die Schlossfreiheit, hält Abg. Dr. Thierse besonders ein Argument entgegen. Wo einmal ein Denkmal für eine deutsche Einigung „von oben“ gestanden habe, werde nun als Kontrapunkt ein Denkmal für eine Einigung „von unten“ errichtet. Dies sei ein sinnvoller geschichtspolitischer Akt.

Natürlich sei es eine besonders schwierige Aufgabe, ein Denkmal für ein positives historisches Ereignis zu entwickeln, vertrauter seien Denkmale für Kriege und Mahnmale für Opfer. Dass der erste Wettbewerb nicht gelungen sei, habe diese besondere Herausforderung noch einmal verdeutlicht. Auch der zweite Wettbewerb sei durch diese Schwierigkeit gekennzeichnet gewesen. Nach langen und streitigen Auseinandersetzungen habe die Jury genau deshalb vorgeschlagen, drei Entwürfe gleichrangig als Lösungstypen nebeneinander zu stellen. Alle drei sollten dann auf Realisierbarkeit geprüft und weiter entwickelt werden. Erst danach hätten sich die Jury und die Bundesregierung für die Idee von Milla und Waltz ausgesprochen, für den deutlich besten Entwurf, der am besten dem Thema gerecht werde, das sich in Formeln wie „Bürger in Bewegung“ oder „bewegte Bürger“ oder in dem Motto „Bewegung Gewicht verleihen“ zusammenfassen lasse. Das interaktive Denkmal, das auch spielerische Elemente habe, setze so auch in seiner Ausdrucksform einen Kontrapunkt zum wuchtigen, imperialen Kaiser-Wilhelm-Denkmal.

Vor dem Hintergrund solcher Argumente sprächen sich seine Fraktion und er persönlich ausdrücklich für die Realisierung dieses Entwurfs aus. Nach zwölf Jahren sei es an der Zeit, das Denkmal zu bauen. Im Übrigen erinnere er an die Genese des Holocaust-Mahnmals, dem lange Diskussionen vorausgegangen seien und dem heftige Ablehnung entgegengeschlagen sei. Erst der Bau selbst habe die Einwände widerlegt. Inzwischen seien fast alle der Auffassung, es handele sich um ein gelungenes Denkmal. Deutschland erinnere damit im Zentrum der Hauptstadt an die schlimmsten Taten in der eigenen Geschichte. An einer anderen Stelle der Hauptstadt werde nun an einen großen, glücklichen Moment der deutschen Geschichte erinnert. Beide Ereignisse verpflichteten.

Abg. Patrick Kurth (Kyffhäuser, FDP) geht auf die Anforderungen an ein modernes Denkmal ein, die nahezu Unmögliches verlangten: Ein derartiges Denkmal müsse künstlerisch wertvoll sein, es dürfe nicht lächerlich wirken, es dürfe weder protzig sein noch ohne Ausstrahlung bleiben. Ein respektvoller Umgang mit Thema und Betroffenen komme hinzu. Außerdem müsse das Denkmal angenommen werden. Dabei müssten auch Menschen angesprochen werden, denen das Thema und die historischen Ereignisse fremd seien. Wenn das Denkmal hier Anregungen zur Auseinandersetzung liefere, habe es schon Einiges erreicht. Mit diesem Problemkreis habe sich die sehr heterogen zusammengesetzte Jury, die viele Fachrichtungen verbunden habe, auseinandergesetzt und aus 28 anonymisierten Entwürfen drei ausgewählt. Nach weiteren intensiven Sitzungen habe die Jury sich für den Entwurf von Milla und Waltz ausgesprochen. Das auf dieser Basis realisierte Denkmal werde gute Chancen haben, in Berlins Mitte für Aufmerksamkeit zu sorgen und den Blick auf ein Thema zu richten, das junge Leute zunehmend nur noch aus dem Geschichtsunterricht oder gar nicht kennen. Auch Abg. Kurth unterstreicht, das Denkmal sei von besonderer Bedeutung, weil es auf ein positives Geschichtsereignis hinweise. Nicht zuletzt deshalb sei es so schwer, etwas Passendes zu kreieren. Die Jury habe es sich nicht leicht gemacht und durchaus die öffentlich geführten Diskussionen – auch außerhalb Berlins – in ihren Willensbildungsprozess einbezogen. Es habe intensive Rückmeldungen zu den Wettbewerbsentwürfen gegeben, aber immer wieder sei auf den Entwurf von Milla und Waltz rekurrert worden, weil dieses Konzept am besten zu den Geschehnissen von vor zwei Jahrzehnten passe.

Abg. Kurth macht deutlich, die Forderung, jetzt noch „die Notbremse“ zu ziehen, komme zu spät. Jetzt die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte breite Debatte über das Ob und das Wie anzustoßen (Drucksache 17/5469), sei für ihn ausgeschlossen. Das Ob stehe nicht zur Disposition, das Wie sei mit der Entscheidung für den heute präsentierten Entwurf ebenfalls überzeugend geklärt.

Abg. Kurth unterstreicht die konstruktive Zusammenarbeit, die in der Jury geherrscht habe und übrigens nicht vom Stimmrecht abhängig gewesen sei. Sein Dank gelte allen, die geholfen hätten, das Projekt zustande zu bringen. Deutschland könne stolz auf die friedliche Revolution von 1989/90, aber auch auf das Denkmal sein, das demnächst verwirklicht werde.

Abg. Claudia Roth (Augsburg, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) unterscheidet zwischen dem Verfahren und dem künstlerischen Entwurf. Manchmal mache schon ein Verfahren deutlich, was gewünscht sei und was nicht. Sie sei gern bereit, sich in aller Offenheit in den präsentierten Entwurf zu vertiefen, weil sie die darin zum Ausdruck gebrachte Idee von Bewegung und Demokratie faszinierend finde. Dennoch bleibe die Kritik am Verfahren. Es gehe um Vergegenwärtigung und Aneignung deutscher Geschichte sowie um Identitätsstiftung und Akzeptanz, also um viel mehr als um die künstlerische Gestaltung eines klassischen Denkmals. In ihrer Bedeutung sei diese Debatte daher nur mit der Diskussion über das Holocaust-Mahnmal zu vergleichen. Deshalb sei es wichtig, die Konsensfindung in einem öffentlichen Prozess zu ermöglichen. Es sei unbestritten, dass der Deutsche Bundestag und sein zuständiger Ausschuss die Debatte geführt hätten. Dies sei jedoch nicht mit einer öffentlichen Aneignung des Themas gleichzusetzen, wie es damals beim Holocaust-Mahnmal unter durchaus schwierigen Bedingungen versucht worden sei. Wenn eine heterogen besetzte Jury hinter verschlossenen Türen eine Entscheidung treffe, könne dies eine gesellschaftliche Debatte nicht ersetzen. Die Kritik am Verfahren sei dabei ausdrücklich nicht als Kritik an den Künstlern gemeint.

Der Deutsche Bundestag habe die öffentliche Diskussion explizit eingefordert. Allerdings sei im Verfahren dann sehr schnell deutlich geworden, dass der Mehrheit nicht daran gelegen gewesen sei, einen Konsens zu ermitteln. So sei sie persönlich zwar in die Jurysitzungen eingeladen worden (ohne Stimmrecht). Aber eine ernst gemeinte Suche nach einer breiten Akzeptanz in Parteien, die wie andere das Land repräsentieren, sei bereits dadurch verhindert worden, dass nur drei von fünf im Bundestag vertretenen Parteien einbezogen worden seien. Natürlich wäre damit die Forderung nach breiter Öffentlichkeit noch nicht erfüllt gewesen, aber als Signal sei diese Art der Vorgehensweise bereits deutlich gewesen.

Auch über den Standort müsse man noch einmal reden dürfen. Ob ein Denkmal, das offen, heiter, voller Freude wirken solle, dort richtig angesiedelt sei, um eine autoritäre Geschichte zu brechen, bleibe zweifelhaft. Nach ihrer Auffassung sei der Standort denkbar ungeeignet, erklärt Abg. Roth. Selbst die SPD Berlins hege Zweifel und habe einen anderen Ort vorgeschlagen. Die Frage müsse erlaubt sein, ob dieser Ort, der geeignet sei, sich mit der Hohenzollern-Geschichte und der Geschichte des Kaiserreichs auseinander zu setzen, gleichzeitig für ein Freiheitsdenkmal geeignet sei. Dass hier bereits eine

Entscheidung getroffen worden sei, dürfe nicht die Möglichkeit verwehren, noch einmal Zweifel zu äußern.

Abg. Roth schließt mit einer Frage. Ihr sei bisher nicht klar, welche Bezüge es zwischen dem Projekt in Berlins Mitte und dem parallel in Leipzig geplanten Freiheits- und Einheitsdenkmal gebe. Deshalb interessiere sie hier, wie die Zusammengehörigkeit hergestellt werden solle.

Abg. Dr. Rosemarie Hein (DIE LINKE.) konstatiert, es existiere ganz offensichtlich ein breites öffentliches Interesse, sonst wäre die Medienpräsenz im öffentlichen Sitzungsteil nicht so groß.

Persönlich könne sie sich nur ein Urteil über die Zeit erlauben, in der sie selbst Mitglied des Deutschen Bundestages gewesen sei. Und in dieser Zeit habe das Thema nicht oft eine Rolle gespielt. So seien in den letzten sechs Monaten keine Informationen über den Sachstand in den Ausschuss gedrungen, stattdessen sei die heutige Eröffnung wie ein Überraschungsei vor Ostern präsentiert worden. Deshalb sei der Begriff „durchpeitschen“ als Beschreibung für das Verfahren durchaus nicht abwegig. Tatsächlich setze sich die Fraktion DIE LINKE. dafür ein, ein Denkmal zu realisieren. Aber ein so wichtiges Projekt hätte eine breitere Debatte verdient, so Abg. Dr. Hein weiter. Außerdem bleibe die Kritik am Standort aus mehreren Gründen berechtigt. Zum einen sei die historische Anbindung problematisch. Das Kaiserdenkmal biete weder eine Kontinuität noch eine Parallelität zu dem neuen historischen Ereignis. Stattdessen werde ein Kontrapunkt reklamiert, ohne dass gesichert sei, dass das Publikum dies so wahrnehmen werde. Außerdem habe die Bewegung andernorts stattgefunden. Ein Denkmal gehöre aber an einen authentischen Ort.

Die Idee der Künstlerinnen und Künstler sei hoch interessant, fährt Abg. Dr. Hein fort. Allerdings hege sie Zweifel, ob sich die eindrucksvolle Absicht in der Wahrnehmung des Denkmals widerspiegeln könne. Ein Künstler gebe letztlich sein Werk aus den Händen und sei auf die Interpretation der Öffentlichkeit angewiesen. Dies gelte vor allem für bildkünstlerische Werke. Die Wirkung des Denkmals werde sich erweisen müssen. Eine Prognose sei schwer. Die Idee, interdisziplinär zu arbeiten, gefalle ihr gut, aber ob die Idee funktioniert und die Wünsche in Erfüllung gehen, bleibe zweifelhaft. So treibe sie die Sorge um, stattdessen könne sich ohne Absicht ein inhaltlicher Schwerpunkt entwickeln, weil Geländer und Balustraden aufgestellt werden müssten, um die Sicherheit der Besucherinnen und Besucher zu gewährleisten. Unter Umständen wirkten die komisch, ohne dass dies dann so gewollt gewesen sei.

Abg. Dr. Hein erklärt abschließend, sie sei froh, dass der Ausschuss für Kultur und Medien den Entwurf lediglich zur Kenntnis zu nehmen habe und nicht darüber entscheide. Es sei nicht Aufgabe eines politischen Gremiums, einen Denkmalentwurf auszusuchen. Dafür sei allein die Jury zuständig.

Abg. Wolfgang Börnsen (Bönstrup, CDU/CSU) hebt hervor, dass die Republik mit dem heutigen Tag ein fröhliches und beschwingtes, ein geniales Mitmach-Denkmal erhalte, das womöglich einzigartig in Europa sein werde. Der Mut der Jury und der Bundesregierung für eine solche Lösung sei großartig.

Deshalb sei es bedauerlich, dass sich sofort Bedenkenräger zu Wort meldeten.

Die gesamte CDU/CSU-Fraktion lobe den ausgewählten Entwurf. Die Kombination aus Kunst und Architektur ermögliche es, eine neue Denkmalsphilosophie zu verwirklichen. Es gehe um die Errichtung eines Denkmals für die Freiheit und Einheit des Landes: Die Freiheitsgeschichte – symbolisiert von der Wartburg über das Hambacher Fest und 1848, von der Gründung der Weimarer Republik 1919 über die Gründung der Bundesrepublik 1949 bis zur Wiedergewinnung der deutschen Einheit 1990 – habe in den vergangenen Jahren immer nur zweitrangig Beachtung gefunden. Der tragischen und traurigen Kapitel der Geschichte sei – durchaus richtigerweise – oft gedacht worden. Aber verantwortliche Politiker handelten nur dann fair, wenn sie der jungen Generation ebenso deutlich übermittelten, dass es großartige Ereignisse in der eigenen Geschichte gegeben habe und Menschen ihr Leben dafür eingesetzt hätten, die Freiheit durchzusetzen, beispielsweise am 17. Juni 1953 in der DDR. Damals habe es in Berlin 100 Tote, 20 Hinrichtungen und 3.000 Verhaftungen gegeben. Solche Bewegungen dürften nicht vergessen werden. Wenn Diktaturen geschleift würden, sei dies ein Tag der Freude, an den immer wieder erinnert werden müsse, zitiert Abg. Börnsen Salomon Korn.

Seit 13 Jahren werde über das Freiheits- und Einheitsdenkmal diskutiert, die Rückschau zeige einen langen Prozess. Wer erst seit zwei Jahren im Parlament sei, müsse nachlesen, was vorher geschehen sei. Die Union würdige die Leistung des Staatsministers und danke ihm, der der eigentliche Motor der Bewegung gewesen sei, deren würdiger Abschluss heute gelinge.

An BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gerichtet fährt er fort, bereits in einem Antrag der Fraktion aus dem Jahr 2007 habe sich gespiegelt, dass sich die Bündnisgrünen nicht hätten entscheiden können, mitzumachen und ein echtes Bekenntnis zu dem Denkmal abzugeben. Trotzdem habe die Union dafür gesorgt, dass Abg. Claudia Roth in die Jury eingeladen worden sei, ohne dass sie dieser Einladung gefolgt sei.

Die Vorhaltungen, das Verfahren sei zu wenig transparent und das Parlament nicht eingebunden gewesen, seien falsch. Neunmal habe der BKM im Ausschuss vorgetragen, mehrmals der Deutsche Bundestag debattiert. Die Deutsche Gesellschaft habe bundesweit 28 Veranstaltungen durchgeführt und die Medien hätten umfassend und differenziert über das kontroverse Thema berichtet. Es sei also Öffentlichkeit hergestellt worden.

Das neue Denkmal in der Mitte Berlins werde den Freiheitswillen im Land dokumentieren, von ihm werde Signalwirkung an künftige Generationen ausgehen. Deshalb werde die CDU/CSU-Fraktion die Entscheidung des Auslobers unterstützen und mittragen.

Staatsminister Bernd Neumann (BKM) erklärt, es wäre verwunderlich, wenn BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Entscheidung für das Denkmal begrüßten, nachdem die Fraktion im gesamten Prozess eine andere Position vertreten habe. Auch DIE LINKE. habe sich schon früher gegen das Projekt gewandt. Dafür, dass beide ihre Auffassung jetzt nicht änderten, habe er Verständnis. Wenn jedoch der Deutsche

Bundestag zweimal mit großer Mehrheit ein Votum abgeben, dann sei das die Grundlage, die zähle, sei daraus die Legitimation abzuleiten. Die Kritiker müssten sich deshalb nicht überzeugen lassen, trotzdem gelte es jetzt, nach langer Diskussion, zu handeln. Zudem stelle sich die Frage, was es konkret bedeuten könne, wenn eine erneute breite, offene Debatte gefordert werde. Es seien ja bereits Ausstellungen und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt worden. Dieses Argument leuchte ihm jedenfalls nicht ein, es handele sich wohl eher um einen Vorwand, um die grundsätzliche Ablehnung zu kaschieren. Trotzdem, erkennt Staatsminister Bernd Neumann an, versöhne die Debatte. Sowohl aus dem Beitrag der Abg. Roth als auch aus den Ausführungen der Abg. Dr. Hein habe er zwar Kritik am Verfahren herausgehört, aber beide hätten sich in Bezug auf den konkreten Entwurf von Milla und Waltz positiv geäußert. Ein Ergebnis, das impliziere, dass nach allgemeiner Auffassung ein ansprechender, ja faszinierender Entwurf aus dem Wettbewerb hervorgegangen sei, könne kaum besser ausfallen. Auch wenn kein formales Abstimmungsergebnis dokumentiert werden könne, so interpretiere er die Wortbeiträge der Fraktionen doch so, dass mindestens CDU/CSU, SPD und FDP die Denkmalauswahl uneingeschränkt mittrügen sowie die Bundesregierung beauftragten, den Entwurf zu realisieren. Dies sei für ihn wichtig, er sei dankbar dafür, dass eine breite Mehrheit im Ausschuss seine Arbeit auf diese Weise unterstütze.

Die Vorsitzende erkundigt sich nach dem Zeitplan für die Realisierung.

Dr. Brigitta Thomas (Referentin, BKM) berichtet, der Standort müsse zunächst saniert werden, was mindestens teilweise parallel zum Denkmalbau erfolgen könne. Viele Ausschreibungen seien nun erforderlich. Dennoch bemühe man sich um eine zügige Umsetzung und rechne mit zwei bis drei Jahren Bauzeit bis zur Einweihung.

Abg. Dr. Rosemarie Hein (DIE LINKE.) stellt klar, dass ein Gremium wie der Ausschuss für Kultur und Medien einen Denkmalentwurf weder befürworten noch ablehnen könne. Das stehe nur der Jury zu.

Die Vorsitzende betont, genau dies, also ein Votum des Ausschusses für Kultur und Medien, habe zu keinem Zeitpunkt zur Debatte gestanden. Der Staatsminister habe in seinen Worten lediglich einen Prozess zusammengefasst. Eine Abstimmung habe nicht stattgefunden, der Ausschuss habe lediglich die Entscheidung der Auslober zur Kenntnis genommen.

Monika Grütters, MdB

Vorsitzende